



22. Januar

3/76

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT
OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 51064 · REDAKTION:
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF, JAN KOCHANOWSKI
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG
DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK – AUCH NUR AUSZUGSWEISE –
NUR BEI QUELLANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ·
(DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN
EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

Rektor-Bericht

Stellungnahme des Konzils

Auf seiner gestrigen Sitzung hat das Konzil den umfangreichen ersten Bericht des Rektors für die Jahre 74/75 begrüßt und ihn als Instrument bezeichnet, das der Öffentlichkeit ein realistisches Bild von den Reformkonzeptionen und den politischen Gründen der Möglichkeit ihrer Verwirklichung vermitteln könne. Das Konzil teile im wesentlichen die Einschätzung, die der Rektor zur hochschulpolitischen Situation gegeben habe. Dies gelte insbesondere für die Namensgebung, die Grundordnung und den Referentenentwurf des NHG, die Probleme der personnel und sachlichen Ausstattung und damit zusammenhängend der Studienplatzentwicklung, die Möglichkeit der Studienreform und die soziale Lage der Hochschulangehörigen.

Neben dieser grundsätzlich positiven Einschätzung des Berichtes enthält die zweieinhalbseitige Stellungnahme des Konzils, die sich aus Vorlagen des Vorstandes und des SHB zusammensetzt, allerdings auch einige Kritikpunkte, die hier in einer Zusammenfassung wiedergegeben werden:

■ Bei der Behandlung der Berufsverbotsproblematik wäre zu wünschen gewesen, daß eine genauere Analyse der drohenden Konsequenzen der verfassungswidrigen Überprüfungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst gegeben würde.

■ In der Frage der baulichen Entwicklung teilt das Konzil die Einschätzung, daß vordringlich naturwissenschaftliche Studienplätze nach der Verwirklichung der Zentralbibliothek, der Mensa und des Sportprogrammes geschaffen werden müßten.

■ Die Aussage, die Konzilsarbeit sei stärker durch Konfrontation als durch Kooperation geprägt, findet in den Tatsachen keine Stütze.

■ Die Aussage des Rektorberichtes, daß "in den kommenden Semestern die Erörterung des Projektstudiums unter hochschuldidaktischen Aspekten intensiviert werden..." muß, um "... den Studierenden ein zumindest gegenüber den traditionellen Hochschulen gleichgutes Bildungsangebot zu gewährleisten..." findet die volle Unterstützung des Konzils. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang, daß konkrete Vorschläge fehlen, um eine verbesserte Koordination und Kooperation im Veranstaltungsangebot ins-

besondere bei den Projekten zu erreichen. Gleichzeitig bedauert das Konzil, daß nach wie vor einige Mitglieder des Lehrkörpers die Bereitschaft vermissen lassen, am Projektstudium mitzuwirken.

■ Im Bericht des Rektors fehlen Hinweise auf die besonders schwierige Lage der wissenschaftlichen Assistenten, die in der Qualifikationsphase unter der unzureichenden personellen und sachlichen Ausstattung, unter fehlenden akademischen Prüfungsordnungen und unter der im Einzelfall daraus resultierenden Trennung der reformierten Lehre von traditionell konzipierten Forschungsvorhaben an anderen Hochschulen besonders zu leiden haben.

■ Das Konzil vermißt ferner die Erwähnung von Schwierigkeiten der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Fachbereichen und der zentralen Verwaltung bzw. den zentralen Einrichtungen sowie zwischen den Fachbereichen selbst.

■ Das Konzil hält die Offenlegung der Drittmittel für das Jahr 1975 für erforderlich.

■ Das Konzil weist mit Entschiedenheit die Aussage des Fachbereichs II zurück, in der behauptet wird, die Studienleistungen der Musikstudenten seien zu gering und durch eine Nachweisregelung solle eine Abdeckung der Studienanforderungen gewährleistet werden. Ebenso ist die Aussage desselben FB zurückzuweisen, daß unter den Bedingungen der ELAB in Oldenburg derzeit kein qualifiziertes Studium absolviert werden kann.

Berufsverbot für Regina Contzen

Obwohl sie sich für das Grundgesetz und für gesellschaftliche Veränderungen durch Wahlen ausgesprochen hat, ist die Diplom-Studentin Regina Contzen, die 1972 ihr Lehrerexamen ablegte, nicht als Lehrerin in den öffentlichen Dienst eingestellt worden. In einem Brief begründete der Regierungspräsident von Osnabrück ihre Ablehnung damit, die 28jährige, die Mitglied des MSB Spartakus ist, habe in der von der zentralen Anhörungskommission in Hannover durchgeföhrten Vernehmung zu einigen Fragen nicht in dem Maße Stellung genommen, um Zweifel an ihrer Einstellung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung ausräumen zu können. Bei der Anhörung handele es sich um ein Einstellungsgespräch zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, das totale Offenheit verlange.

Regina Contzen erklärte dazu, sie habe alle inhaltlichen Fragen der Kommission beantwortet. Tatsächlich zeige die Begründung, daß offensichtlich die MSB-Mitgliedschaft ausgereicht habe, um sie abzuschmettern. Die Betroffene wörtlich: "Man kann diesen Kommissionen erzählen, was man will, es wird einfach nicht geglaubt. Hier entlarvt sich einmal mehr die Rechtsstaatlichkeit, die die Regierungen so gern auf ihre Fahnen schreiben".

Inzwischen hat das Aktionskomitee gegen die Berufsverbote für die Einstellung von Regina Contzen innerhalb einer Woche fast 700 Unterschriften gesammelt.

Neben anderen Organisationen und Gruppen protestierte das Konzil in seiner gestrigen Sitzung ebenfalls gegen das ausgesprochene Berufsverbot gegen Regina Contzen. In dem einstimmig gefaßten Beschuß heißt es, das Konzil wisse sich mit allen Demokraten einig in dem Willen, die verfassungswidrigen Berufsverbote zu Fall zu bringen. Es schließe sich dem Aufruf des "Aktionskomitees gegen die Berufsverbote" an die Bevölkerung an, sich für die Einstellung Regina Contzens einzusetzen.

HRG-Veranstaltung:

"Ein Klima der Verängstigung..."

Einmütig haben am vergangenen Donnerstag im Rahmen einer studentischen Vollversammlung Sprecher der Studenten, der GEW-Hochschulgruppe und des Bundesvorstandes des Bundes demokratischer Wissenschaftler die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) durch den Bundestag und den Bundesrat Ende vergangenen Jahres scharf kritisiert und erklärt "die häbliche Reformgleiche", so GEW-Bundesvorsitzender Erich Frister zum HRG, habe die Hoffnung der demokratischen Öffentlichkeit auf eine Reform des Hochschulwesens im Sinne den arbeitenden und lernenden Bevölkerung zerstört. Für die Universität erklärte der Rektor, Professor Dr. Krüger, er werde in seiner Funktion alles tun, das dieses Gesetz nicht in seiner vollen Schärfe auf die Universität durchsetze. Dies gelte besonders in Hinblick auf das Ordnungsrecht und die zunehmenden staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in die Hochschulen, die die Freiheit von Forschung und Lehre weiter beeinträchtigen.

Wehrpflichtigen werden die Studenten einem besonderen Gewaltverhältnis unterworfen. Kritische Studenten sollen mundtot gemacht werden, damit Friedhofsrufe in den Universitätsräumen verboten werden. Zum Durchsetzung des reaktionären Gesetzesinhaltes ist dieses Sonderrecht geschaffen worden, das ein Klima der Verflüchtigung und Desinteresses an den westdeutschen Universitäten zur Regel werden lassen soll. Um die häufig bewiesene Geschlossenheit der Verfaßten Studentenschaft zu brechen, vom

Im Anschluß an die Veranstaltung in der vollbesetzten Aula verabschiedeten die Studenten eine Resolution, die mit nur einigen Stimmenthaltungen angenommen wurde. Die Resolution in Auszügen: „Das nunmehr verabschiedete HPG mit sei- Anpassung des Bildungswesens an die Be- dürfnisse der Großindustrie und der po- litischen Reaktion in der BRD. Dies ge- schieht insbesondere dadurch, daß man auf allen Ebenen in die Autonomie der Hochschulen eingreift...“

Damit Forschung und Lehre im Sinne des kapitalistischen Systems ausgerichtet bleiben, wird jeweils der Ansatz paritätischer Mitbestimmung zerstört, werden die Professoren wieder mit Machtpositionen ausgestattet, wie sie nur die alten Ordinarienuniversitäten kannten. Darüber hinaus wird der NC festgeschrieben und legalisiert ohne durch das HRG entstandenen Situation gilt es nun nicht in Resignation zufaßt werden, denn dies wäre genau die Reaktion, die sich die Herrschenden erhoffen. Es gilt vielmehr zur Durchsetzung unserer Interessen insbesondere die Unterstützung fortschrittlicher, demokratischer Organisationen der härtesten Eliten der Bevölkerung zu erhalten; um so bessere

digkeit ergeben, möglichst schnell eine Effektivierung des Bildungswesens durch eine zentrale Planung und Lenkung, durch Straffung und Steuerung des Studiums, durch Umstrukturierung der Hochschulen zu erreichen. Dahinter steht die Zielsetzung einer absoluten Änderung des Gesetzes zu bewirken. Unsere Probleme sind in die Öffentlichkeit zu tragen, es muß der arbeitenden Bevölkerung deutlich gemacht werden, daß das HRG nicht nur ein hochschulinternes Problem ist. Wir müssen diesen Kampf gemeinsam führen.

Die wichtigsten Bestimmungen des HRG

- Der gesetzliche Auftrag zur Neuordnung des Hochschulwesens bleibt bestehen. Dabei ist festgelegt, daß das in Ziel der Gesamthochschule bleibt; die integrierte und die kooperative Gesamthochschule sind dabei gleichberechtigt.
 - Die Ausgestaltung der Hochschulkonferenz bleibt den Langenhochschulkonferenzen vorbehalten; eine Bundeshochschulkonferenz wird als Möglichkeit offen gelassen.
 - Die Freistellung von Hochschulmitgliedern, die an den Studienreformen mitarbeiten, ist auf Vorschlag des Finanzministers gestrichen werden.
 - Die Länder sollen gemeinsame Studienreformkommissionen bilden, die diese Studiengänge, die mit einer Staatsprüfung abschließen, einbeziehen sollen. Dabei wird an den Regelstudienzeiten festgehalten. Gleichfalls geregelt werden die Prüfungsfristen bei den Regelstudienzeiten und die Sanktionen bei Überschreitung der Fristen. Diese Vorschriften gelten auch für Studiengänge mit Staatsprüfung. Prüfungen sollen grundsätzlich innerhalb der Regelstudienzeit, spätestens aber sechs Monate nach deren Ablauf abgenommen werden.
 - Für Forschungen mit Mitteln Dritter soll eine generelle Anzeigepflicht gelten, wobei die Ausgestaltung Länder sache ist.
 - Das Ordnungsrecht soll bestimmen, daß die Einschreibung zum Studium wieder rufen werden kann, wenn ein Student durch Anwendung von, durch Aufforderung zum oder durch Bedrohung mit Gewalt Hochschulveranstaltungen hindert oder ein Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Pflichten abhält.
 - Die Vergabe von Studienplätzen soll wegen der Aufhebung des bisher dafür geltenden Staatsvertrages durch ein bayerisches Gericht neu geregelt werden. Zulassungszahlen sollen durch Landesrecht jeweils für die Dauer eines Jahres festgesetzt werden. Für Härtefälle, Ausländer und Fachhochschulabsolventen soll eine Quote von drei Zehnteln vorbehalten bleiben. Bei den Kriterien soll zunächst die Qualifikation entscheiden. Solange die Leistungen in den Ländern nicht vergleichbar sind, werden Landesquoten gebildet. Bei den beschloßenen Mischquote soll die Zahl der Bewerber zwischen 18 und 21 Jahren berücksichtigt werden, wobei Stadtstaaten günstiger als Flächenstaaten gestellt werden. Weiter sollen Berücksichtigungen Wartezeiten und Berufszeiten, wobei festgestellt wird, daß Studienzeiten keine Wartezeiten sind.
 - Das Ordnungsrecht soll bestimmen, daß die Einschreibung zum Studium wieder rufen werden kann, wenn ein Student durch Anwendung von, durch Aufforderung zum oder durch Bedrohung mit Gewalt Hochschulveranstaltungen hindert oder ein Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Pflichten abhält.
 - Zum Satzungsrecht wird festgelegt, daß in allen Gremien, die die Forschung, die Lehre und die Berufung bilden, die Mehrheit der Professoren betreffen, die Professoren die absolute Mehrheit haben sollen. Ebenfalls soll die Mehrheit der Professoren entscheiden, wenn in anderen Gremien auch im zweiten Gang keine Entscheidung gefallen ist.
 - Bei der Ausgestaltung des Status der Studentenschaften legen die Länder die Einzelheiten fest.
 - Die Bezeichnung "Dozent" entfällt. Für Hochschulassistenten werden Bestimmungen eingeführt, die in eine heitliche Entwicklung der Personalstruktur an den Hochschulen ermöglichen sollen.

Rektorwahlausschuß gebildet

Wegen des Rücktrittes des bisherigen stellvertretenden Rektors, Professor Dr. Wolfgang Promies, hat das Konzil auf seiner gestrigen Sitzung einen Rektorwahlausschuss gebildet, der die Wahl organisatorisch vorbereitet und Wahlvorschläge entgegennimmt. Vorschläge für die Wahl des stellvertretenden Rektors müssen bis zum 27. Januar (12 Uhr) bei Ausschusshauptglied Professor Dr. Sprockhoff eingereicht werden. Neben Sprockhoff

Orientierungswoche SS '70

der Fachschaft organisiert, wobei die Vorstellung möglichst im Arbeitsgruppen und im Plenum erfolgen sollte um eine intensive Diskussion mit möglichst breiter Beteiligung der Studienanfänger zu ermöglichen. Gerhard Lotz

Lehrerarbeitslosigkeit

Für eine Reduzierung der Rüstungsausgaben und der Subventionen für Großkonzerne zugunsten neuen Lehrerplanstellen hat sich das Konzil auf seinen letzten Sitzung ausgesprochen. In dem einstimmig gefassten Beschuß fordert das Konzil gleichzeitig die Landesregie-

Zufahrt freihalten

Das Studentenwerk Oldenburg bittet die

Tutorenanmeldung

Für die Tutorenarbeit im Sommersemester 1976 hat das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (Zpb) einen Terminplan bekanntgegeben.

Kolloquium *aeplant*

Thema "Psychosoziale Versorgung" und von Professor Dr. Beischner bzw. Dr. Pettersson (FB I) und Professor Dr. Pettersson (FB II) ein Forschungskolloquium geplant, das dem zum WS 1976/77 ein Projekt vorgehen konnte. Interessierte Lehrende, vor allem aus dem FB III, werden um Kontrahierung gebeten.

U-Hibbe's Appar-

ung einer Cafeteria stehen dem Stu-
dentenrat 40.000,- RM zum Verfügen.

140,- DM gefordert

Vertrauensleutekörper der ÖTV-Betriebsgruppe hat sich in einem Beschluß einmal nachdrücklich für eine Betragsförderung ausgesprochen, die mehr auch von der Gesamt-ÖTV gefordert wird. Allerdings hält der Vertrauenskörper daran fest, daß anstellend 135,- DM die Mindestförderung - DM betragen müßte.

Uni-Gesellschaft

Ausbauplanung kritisiert

Gegenüber dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Professor Dr. Heidhues (Göttingen), hat der Vorsitzende der Universitätsgesellschaft e.V., Dr. Hans-Arnold Simon, sein Bedauern über die neuesten Ausbauplanungen ausgedrückt. In einem Brief kritisierte Simon besonders, daß in einer späteren Gesamthochschule die Studienbereiche Elektrotechnik und Maschinenbau nicht mehr vorgesehen seien. Die Notwendigkeit einer stärkeren industriellen Erschließung des Nordwestraumes zur Förderung der Wirtschaftsstruktur erforderte gerade auch diese Ingenieurwissenschaften Studienplätze.

Immerhin bleibt allerdings das Bemühen der Landesregierung, so Simon, erkennbar, den Bereich der Naturwissenschaften in der regional notwendigen und finanziell möglichen Größenordnung auszubauen.

Nachdrücklich richtet Simon die Bitte

Zeitungarchiv

Die Pressestelle verfügt neuerdings über einen kleinen Archivraum (A 103), in dem u.a. das Zeitungarchiv und andere Materialien untergebracht sind.

Vorteil: U.a. ist jetzt das Zeitungarchiv allen Hochschulangehörigen jederzeit zugänglich. Unter den 16 Stichworten können darin aus verschiedensten

Tages- und Wochenzeitungen Berichte zu bildungspolitischen Fragen eingesehen werden. Ebenfalls ist es möglich, hier die Tages- und Wochenpresse zu studieren (11 Tageszeitungen, 6 Wochenzeitungen und - magazine).

Konstituierung

Im Fließbandverfahren werden sich am Mittwoch (28.1.1976) die Senatsausschüsse konstituieren. Einziger Tagesordnungspunkt: Konstituierung. Der Rektor, der die Ausschüsse einberuft, hatte dieses Verfahren gewählt, damit die Ausschüsse ihre Arbeit aufnehmen können. Sämtliche Sitzungen finden im Konferenzraum statt. Die Termine:

14.00 - 14.15 Uhr Programmausschuß
14.15 - 14.30 Uhr EDV-Ausschuß
14.30 - 14.45 Uhr Kommission für Belegungsplanung

14.45 - 15.00 Uhr ZETWA-Ausschuß
15.00 - 15.15 Uhr BIS-Ausschuß

15.15 - 15.30 Uhr Sozialausschuß
15.30 - 15.45 Uhr Kommission zur Erstellung einer Ordnung zum Verfahren zur Feststellung der Befähigung zu wiss. Lehre

15.45 - 16.00 Uhr Senatskommission für die allgemeine Studienberatung

16.00 - 16.15 Uhr Senatskommission für den Hochschulsport

an den Wissenschaftsrat, den für die Entwicklung des Nordwestraumes "so entscheidenden weiteren Ausbau der Universität Oldenburg und der späten Gesamthochschule zumindest in dem durch die Landesregierung nunmehr vorgeschlagenen Umfang zu unterstützen". Die beginnende Zusammenarbeit zwischen der Universität Oldenburg auf der einen sowie der Bevölkerung und den Institutionen der Region Oldenburg auf der anderen Seite lasse eine Entwicklung erwarten, die den weiteren Ausbau der Hochschule nicht nur unter regionalpolitischen, sondern ebenso unter hochschul- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten sinnvoll erscheinen lasse. gh

Verkehrszählung

Die Abteilung Planung und Statistik benötigt für die weitere Universitätsplanung Daten über das Verkehrsaufkommen im Bereich der Universitäts- und Fachhochschulgelände. Zu diesem Zweck wird in der Woche vom 26. - 30. Jan. 1976 täglich mehrmals eine Zählung der abgestellten PKW durchgeführt.

Personalien / Personalnotizen

Joachim Lühring, wissenschaftlicher Assistent im FB IV, promovierte im November 1975 an der Universität Münster zum Dr. phil. mit der Note "sehr gut". Thema der Doktorarbeit "Die Urbanisierung in Ghana. Eine sozialgeographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung, Problematik und Überwindung innerstädtischer und regionaler Disparitäten".

*

Professor Dr. Hans Dietrich Raapke, Hochschullehrer im Fach Pädagogik, hat seinen Ruf an die Universität Hamburg abgelehnt. In einem Schreiben an den Rektor erklärte Raapke, er habe sich entschlossen, sich weiterhin an dem mühseligen Geschäft der Entwicklung dieser Reformuniversität zu beteiligen, anstatt ein wahrscheinlich bequemeres Professorendasein an der wohlbegründeten Universität Hamburg vorzuziehen.

Veranstaltungs- und Terminkalender

Am Montag, den 26. Januar 1976 veranstaltet der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi)-Sektion Oldenburg um 20.00 Uhr in der Aula der Universität eine Podiumsdiskussion zum Thema "Ökonomie und Politik im heutigen Kapitalismus - zur Kontroverse um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus". Zu dieser Veranstaltung sind die Wissenschaftler Elmar Altvater (West-Berlin), Jörg Huffschmid (Bremen) und Robert Katzenstein (West-Berlin) eingeladen, die Autoren des Argument-Sonderbandes 6 "Zur Theorie des Monopols" sind.

*

Montag, 26.1.76, 16.00 Uhr, AVZ 2-404
Gastvortrag zum Thema "Anfänger der Kollektiverziehung in der Sowjetunion" von Professor Dr. I. Rüttenauer (PH Westfalen-Lippe, Abteilung Münster). Veranstalter: Fach Erziehungswissenschaft.

*

Freitag, 30.1.76, 18.00 Uhr, Hörsaal F
Podiumsdiskussion zwischen dem Marxismuskritiker Professor Dr. Werner Becker (Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/M.) und dem Marxisten Professor Dr. Hans Heinz Holz (Philipps-Universität Marburg) zum Thema "Marxistische Dialektik und wissenschaftliche Kategorien". Veranstalter: DSK Philosophie.

Im Rahmen des geographischen Kolloquiums werden Fred Scholz (Universität Göttingen) am Donnerstag, den 29.1.76, zum Thema "Kolonialzeitlicher Wandel im nomadischen Lebensraum Belutschistan/Pakistan - Analyse der Entwicklung einer peripheren Region eines Peripherielandes" und Jochen Lühring (Universität Oldenburg) am Montag, den 2.2.76, zum Thema "Geographische Forschung und Unterentwicklung - das Theoriedefizit einer Wissenschaft und seine Folgen" sprechen. Ort und Zeit: Jeweils 20.00 Uhr im AVZ 3-449. Veranstalter: FB IV, Fach Geographie.

*

Mittwoch, 28.1.76, 20.00 Uhr, Aula. Kino für den Fortschritt "Little Big Man" mit Dustin Hoffman und Faye Dunaway. Veranstalter: ASTA.

*

Donnerstag, 29.1.76, 11.00 Uhr, VG 502
Gastvortrag zum Thema "Didaktische Fragen gesellschaftlich-politischer Erwachsenenbildung" von Professor W. Frenz (Gesamthochschule Kassel).

*

Donnerstag, 29.1.76, 18.30 Uhr, Hörsaal F. Vortrag und Diskussion über das Thema "Sport und Leibeserziehung im dritten Reich" von Professor Dr. Bennett (Universität Bonn, Institut für Sportwissenschaft).